

WIFO ■ KONJUNKTURTEST

Sonderausgabe 1/2022

Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit, Liquiditätsengpässe und die Wirkung von Preisanstiegen in der vierten COVID-19-Welle

Ergebnisse der siebten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2022

Werner Hölzl
Julia Bachtrögler-Unger
Jürgen Bierbaumer
Agnes Kügler
Birgit Meyer

Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit, Liquiditätsengpässe und die Wirkung von Preisanstiegen in der vierten COVID-19-Welle

Ergebnisse der siebten Sonderbefragung
zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-
Konjunkturtests vom Februar 2022

Werner Hölzl, Julia Bachtrögler-Unger, Jürgen Bierbaumer,
Agnes Kügler, Birgit Meyer

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wissenschaftliche Assistenz: Birgit Agnezy, Alexandros Charos,
Nicole Schmidt-Padickakudy, Tim Slickers

Der WIFO-Konjunkturtest ist Teil des Gemeinsamen Harmonisierten
EU-Programms der Konjunktur- und Verbraucherumfragen und wird mit
finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 1/2022
März 2022

Inhalt

Die vierte Welle der COVID-19-Pandemie brachte große Herausforderung mit sich: Rund 81% der befragten Unternehmen meldeten Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in den letzten drei Monaten, wobei Lieferengpässe und Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden am häufigsten genannt wurden. Die Liquiditätseinschätzungen haben sich im Vergleich zum August 2021 unwesentlich verändert. Für das Frühjahr 2022 erwarteten die meisten Unternehmen (77%) weiterhin Beschränkungen: insbesondere Lieferengpässe und Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden wurden genannt. Lieferengpässe und Preisanstiege führten bei der Mehrheit von Unternehmen zu einer Reduktion der Gewinnmargen. Viele Unternehmen haben wegen der Erhöhung der Vorleistungs-, der Energiepreise und der Kollektivvertragslöhne ihre Verkaufspreise angehoben. Unternehmen, die ihre Verkaufspreise nicht erhöht haben, nannten vor allem den Wettbewerbsdruck als Grund die Preisanhebung nicht durchgeführt zu haben.

E-Mail: werner.hoelzl@wifo.ac.at, julia.bachtroegler-unger@wifo.ac.at, juergen.bierbaumer@wifo.ac.at,
agnes.kuegler@wifo.ac.at, birgit.meyer@wifo.ac.at

2022/2/WKS/3021

© 2022 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 | Tel. (43 1) 798 26 01-0 | <https://www.wifo.ac.at>
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69446>

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Zeitraum und Befragung	5
3. Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in den letzten 3 Monaten	5
4. Inanspruchnahme staatlicher Hilfen	8
5. Einschätzungen zur Wirksamkeit ausgewählter staatlicher Hilfen	10
6. Wie lange reichen die Liquiditätsreserven?	12
7. Erwartete Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in den nächsten 6 Monaten	14
8. Auswirkungen der Preisanstiege infolge von Lieferengpässen	16
9. Literatur	21
Anhang: Tabellarische Darstellung	22

Abbildungen

Abbildung 1: Unsere Geschäftstätigkeit ist in den letzten 3 Monaten durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch...	7
Abbildung 2: Andere Einschränkungen der Geschäftstätigkeit in den vergangenen 3 Monaten	8
Abbildung 3: Welche staatlichen Hilfen hat Ihr Unternehmen aufgrund der Corona-Pandemie in den letzten drei Monaten in Anspruch genommen / plant in nächster Zeit in Anspruch zu nehmen?	9
Abbildung 4: Wie schätzen sie die Wirksamkeit der folgenden (neuen) staatlichen Hilfen für Ihr Unternehmen ein, um die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen besser bzw. länger zu überstehen?	10
Abbildung 5: Weitere Anmerkungen zu den staatlichen Hilfen / Unterstützungsleistungen	11
Abbildung 6: Wie lange schätzen Sie, werden Ihre Liquiditätsreserven ausreichen, wenn sich Ihre Geschäftslage wie erwartet entwickelt?	13
Abbildung 7: Unsere Geschäftstätigkeit wird in den nächsten 6 Monaten voraussichtlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch...	15
Abbildung 8: Andere erwartete Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit	16
Abbildung 9: Wie hat sich diese Entwicklung auf die Gewinnmargen Ihres Unternehmens ausgewirkt?	17
Abbildung 10: Hat Ihr Unternehmen in den letzten Monaten seine Verkaufspreise angepasst?	17
Abbildung 11: Wenn die Verkaufspreise erhöht wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise erhöht?	18
Abbildung 12: Wenn die Verkaufspreise erhöht wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise erhöht? Andere Gründe:	18
Abbildung 13: Wenn die Verkaufspreise nicht erhöht bzw. gesenkt wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise nicht angepasst oder gesenkt?	19
Abbildung 14: Wenn die Verkaufspreise nicht erhöht bzw. gesenkt wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise nicht angepasst oder gesenkt?	19

Übersichten (Anhang)

Übersicht 1: Unsere Geschäftstätigkeit ist in den letzten 3 Monaten durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch...	22
Übersicht 2: Welche staatlichen Hilfen hat Ihr Unternehmen aufgrund der Corona-Pandemie in den letzten drei Monaten in Anspruch genommen / plant in nächster Zeit in Anspruch zu nehmen?	23
Übersicht 3: Wie schätzen sie die Wirksamkeit der folgenden (neuen) staatlichen Hilfen für Ihr Unternehmen ein, um die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen besser bzw. länger zu überstehen?	24
Übersicht 4: Wie lange schätzen Sie, werden Ihre Liquiditätsreserven ausreichen, wenn sich Ihre Geschäftslage wie erwartet entwickelt?	26
Übersicht 5: Unsere Geschäftstätigkeit wird in den nächsten 6 Monaten voraussichtlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch ...	27

Übersicht 6: Wie hat sich diese Entwicklung auf die Gewinnmargen Ihres Unternehmens ausgewirkt?	28
Übersicht 7: Hat Ihr Unternehmen in den letzten Monaten seine Verkaufspreise angepasst?	28
Übersicht 8: Wenn die Verkaufspreise erhöht wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise erhöht?	29
Übersicht 9: Wenn die Verkaufspreise nicht erhöht bzw. gesenkt wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise nicht angepasst oder gesenkt?	30

1. Einleitung

Die seit Frühjahr 2020 andauernde COVID-19-Pandemie stellt die österreichischen Unternehmen vor große Herausforderungen. Im Frühjahr 2020 wurde die erste Welle der COVID-19-Pandemie von einem Unsicherheitsschock begleitet, der zu einem dramatischen Abschwung führte. Im Sommer setzte in den meisten Sektoren eine schnelle Erholung ein, aber auch die weiteren Wellen der COVID-19-Pandemie führten zum Teil zu drastischen Eindämmungsmaßnahmen. Im Winter 2020/2021 kam es erneut zu Verschärfungen mit behördlichen Schließungen in Bereichen mit unmittelbarem Kundenkontakt. Einige Dienstleistungsbranchen waren in Folge stark durch die Beschränkungen betroffen, während sich in anderen Sektoren der Wirtschaft die Erholung fortsetzte. In der Sachgütererzeugung begann ein konjunktureller Aufschwung, der ab Sommer 2021 mit der Aufhebung der Einschränkungsmaßnahmen in Gastronomie und Tourismus auch die meisten anderen Sektoren umfasste. Aber die mit der COVID-19-Pandemie verbundene Lieferkrise führte zu einem Anstieg der Unsicherheit. Im Zuge der vierten Welle der COVID-19-Pandemie wurden im Winter 2021 die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus erneut deutlich verschärft (Lockdown, Lockdown für Ungeimpfte). Aber bereits im Dezember wurden die Maßnahmen schrittweise gelockert. Trotz der Ausbreitung der Omikron-Variante wurden im Jänner und Februar 2022 weitere Öffnungsschritte gesetzt. Zuletzt führte der Anstieg der Energiepreise und der Ukrainekonflikt zu Kostensteigerungen und erhöhter Unsicherheit. Die Multidimensionalität der COVID-Krise und ihre lange Dauer führen zu Effekten, die nur schwer auf Basis der offiziell verfügbaren Information eingeschätzt werden können.

In einer solchen Situation sind zeitnahe Informationen für die Wirtschaftsforschung wie auch für Entscheidungsträger in den Unternehmen und der Politik sehr wichtig. Regelmäßige Konjunkturbefragungen wie der WIFO-Konjunkturtest, der viele Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen befragt, bieten dafür eine wichtige Voraussetzung und dienen als Spiegel der aktuellen Stimmungslage der österreichischen Unternehmen.

Diese Befragungen allein können aber nicht ausschließlich die notwendigen Informationen bereitstellen. Daher wurde in den Online-Befragungen des WIFO-Konjunkturtests seit 2020 bis jetzt zum siebenten Mal eine Sonderbefragung der Unternehmen zur Corona-Pandemie durchgeführt (April, Mai, August und Oktober 2020, Februar und August 2021, Februar 2022).¹ Diese Sonderbefragungen spiegeln die außergewöhnliche Situation der COVID-19-Pandemie wider, denn in den WIFO-Konjunkturtest wurden bisher grundsätzlich keine zusätzlichen Fragen aufgenommen, um die Antwortbelastung der teilnehmenden Unternehmen möglichst gering zu halten.

Wir möchten uns bei allen Unternehmen bedanken, die an dieser Sonderbefragung teilgenommen haben!

¹ Die Befragungsergebnisse wurden in Hölzl (2020) und Hölzl et al. (2020a, 2020b, 2020c, 2021a, 2021b) publiziert. Weitere Publikationen mit diesen Daten sind Hölzl – Kügler (2020), Hölzl et al (2021c) und Hölzl – Meyer (2021b) und aus einer internationalen Perspektive García et al. (2020).

2. Zeitraum und Befragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist als Panel konzipiert, in welchem Unternehmen regelmäßig Konjunkturumfragen beantworten. In den bisherigen Sonderbefragungen wurden Unternehmen aus den Sektoren Sachgütererzeugung, Bau und Dienstleistungen befragt. Im Februar 2022 wurde die Sonderbefragung erstmals auch im WIFO-Konjunkturtest zum Einzelhandel geschaltet, welche von der KMU-Forschung Austria für das WIFO durchgeführt wird. Dies erlaubt ein besseres Bild der Situation über die Branchen hinweg, allerdings sind aus diesem Grund die Ergebnisse für die *Gesamtwirtschaft über die Befragungen hinweg nicht direkt vergleichbar*.

Im Februar 2022 haben 1968 Unternehmen den WIFO-Konjunkturtest beantwortet, rund 67% davon elektronisch. Die Erhebung zur COVID-19-Krise wurde als freiwilliges Zusatzmodul des WIFO-Konjunkturtests in der elektronischen Befragung durchgeführt. In der postalischen Befragung des WIFO-Konjunkturtests wurden diese Fragen nicht gestellt.

Von den insgesamt 2253 elektronisch vom WIFO angeschriebenen Unternehmen beantworteten im Februar 2022 1190 (zuzüglich 137 Meldungen aus der Einzelhandelsbefragung) zumindest eine der Sonderfragen zur Corona-Pandemie (52,8%). Von diesen 1327 Unternehmen haben rund 67% weniger als 50 Beschäftigte, 25% haben zwischen 50 und 249 Beschäftigte und 9% weisen 250 oder mehr Beschäftigte aus. 52% sind dem Sektor Dienstleistungen zuzuordnen, 21% der Sachgütererzeugung, 12% der Bauwirtschaft und rund 10% dem Einzelhandel.

Die hier angeführten Befragungsergebnisse decken den Zeitraum vom 01.02. bis 21.2.2022 ab, wobei in etwa 87% der Antworten vor dem 15.02. abgegeben wurden. Damit gibt diese Erhebung die Stimmungslage der Unternehmen von Anfang/Mitte Februar wieder. Die Antworten der Unternehmen sind daher noch nicht durch mögliche wirtschaftliche Folgen der russischen Invasion in der Ukraine Ende Februar und damit verbundene zusätzliche ökonomische Unsicherheit geprägt.

3. Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in den letzten 3 Monaten

Die dem Unsicherheitsschock 2020 folgenden Phasen der COVID-19-Pandemie unterschieden sich in ihrer Wirkung auf die Unternehmen darin, dass die Situation für die Unternehmen nicht vollständig neu war. Im Frühjahr 2020 überraschte der Lockdown- und Unsicherheitsschock die Unternehmen. Für die folgenden Wellen zeigen die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests, dass sich die ökonomische Unsicherheit und konjunkturelle Entwicklung zum Teil sehr unterschiedlich zwischen den Branchen entwickelten. Die Covid-19-Krise hat in diesem Zeitraum jene Branchen stärker getroffen, die direkt von den Einschränkungsmaßnahmen und den Verhaltensänderungen der KonsumentInnen betroffen waren, oder mit diesen über Lieferketten verbunden waren (vgl. Hölzl et al. 2021b). Aus diesem Grund wurde in der aktuellen Befragung erhoben, ob die Geschäftstätigkeit durch die COVID-19-Krise in den letzten drei Monaten beeinträchtigt wurde und welche Faktoren eine besonders starke Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit hatten.

Insgesamt meldeten 19% der befragten Unternehmen keine Einschränkungen der Geschäftstätigkeit in den vergangenen drei Monaten. Die Befragungsergebnisse zeigen über die Sektoren hinweg deutliche Unterschiede bei der Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit in den letzten drei Monaten (Abbildung 1): In der Bauwirtschaft meldeten rund 28% der Unternehmen

keine (weitere) Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit, in den Dienstleistungen waren es ebenfalls 28%, in der Sachgütererzeugung rund 14%, sowie im Einzelhandel nur 8%. Ein detaillierter Blick auf die Ergebnisse zeigt, dass lediglich 2% der Unternehmen in Tourismus und Gastronomie keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit meldeten. Dies ist wenig überraschend, denn Einzelhandel, Gastronomie und Tourismus waren durch behördliche Maßnahmen besonders betroffen. Aber auch in der Herstellung von Konsumgütern – die am stärksten mit Gastronomie & Tourismus in Lieferbeziehungen stehen – meldeten nur rund 9% der Unternehmen keine Einschränkungen zurück. Dies zeigt, dass die Betroffenheit durch die COVID-19-Krise im Winter 2022 stark mit der Betroffenheit durch die Einschränkungsmaßnahmen zusammenhing. Nach Unternehmensgröße differenziert zeigen sich ebenfalls Unterschiede, allerdings nicht so ausgeprägt wie nach Branchen. Unter den kleineren Unternehmen (bis 50 Beschäftigte) meldeten rund 22%, unter den mittleren Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte) 18% und unter den großen Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte) 15% der antwortenden Unternehmen keine Beschränkungen der Geschäftstätigkeit in den vergangenen drei Monaten.

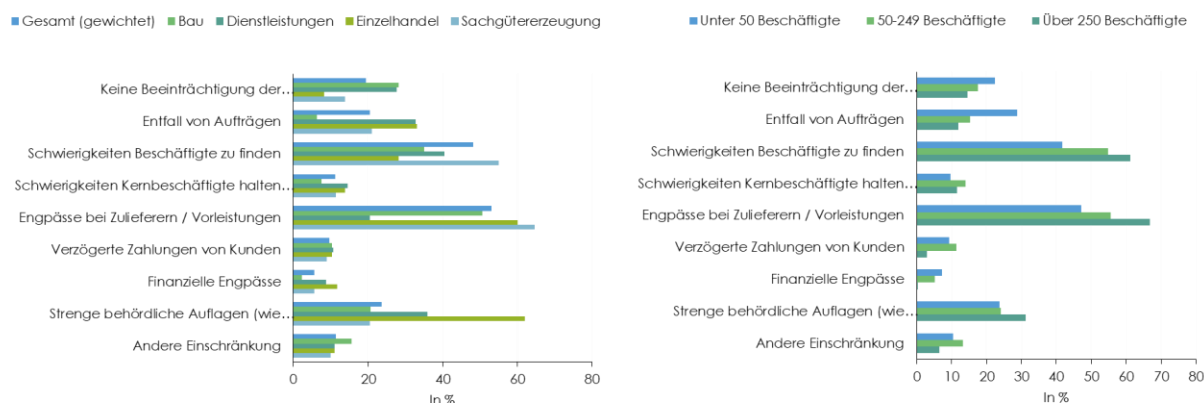
Die Mehrzahl der Unternehmen meldete Beschränkungen der Geschäftstätigkeit, wobei Engpässe bei Zulieferern und Vorleistungen (rund 53% der befragten Unternehmen) am häufigsten angeführt wurden. Im Einklang mit den Ergebnissen des Konjunkturtests wurden die Lieferengpässe in der Sachgütererzeugung (65% der Unternehmen in der Sachgütererzeugung), dem Einzelhandel (60%) und der Bauwirtschaft (51%) deutlich öfter als wichtige Beschränkung genannt als in den Dienstleistungen (rund 20% der befragten Dienstleistungsunternehmen). Nach Unternehmensgröße meldeten vermehrt größere Unternehmen (67%, über 250 Beschäftigte), dass Lieferengpässe bei Zulieferern und Vorleistungen eine wichtige Beschränkung der Geschäftstätigkeit darstellten, als mittelgroße Unternehmen (56%) und kleinere Unternehmen (47%).

Die „Schwierigkeit Beschäftigte zu finden“ war die zweithäufigste gemeldete Beschränkung der Geschäftstätigkeit und wurde von 48% der Unternehmen genannt. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen den Sektoren. Rund 55% der Industrieunternehmen meldeten Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden, wie auch rund 40% der Dienstleistungsunternehmen – insbesondere in Gastronomie und Tourismus (66%) – und 35% der Unternehmen in der Bauwirtschaft. Im Einzelhandel berichteten 28% der Unternehmen, dass die Schwierigkeit Beschäftigte zu finden eine besonders wichtige Beschränkung darstellte. Kleinere Unternehmen (42%) meldeten weniger oft Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden als mittlere und große Unternehmen (55% bzw. 61%).

Ein Anteil von 24% der Unternehmen meldete Einschränkungen der Geschäftstätigkeit durch „Strenge behördliche Auflagen“. Rund 36% der Dienstleistungsunternehmen (aber 82% der Unternehmen in Gastronomie und im Tourismus) meldeten die strengen behördlichen Auflagen als wichtigste Beschränkung, aber auch 62% der Unternehmen im Einzelhandel, rund 20% in der Sachgütererzeugung und 21% in der Bauwirtschaft. Nach Beschäftigtengrößengruppen zeigen sich ebenfalls Unterschiede: 24% der kleineren (bis 50 Beschäftigte), 24% der mittelgroßen Unternehmen und 31% der größeren Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte) meldeten Einschränkungen durch „strenge behördliche Auflagen“.

Rund 20% der Unternehmen meldeten, dass der Rückgang der Nachfrage (Entfall von Aufträgen) eine wichtige Beschränkung der Geschäftstätigkeit war. Diese Beschränkung wurde in der Bauwirtschaft von deutlich weniger Unternehmen (6%) als Beschränkung genannt als in den Dienstleistungen (33%), im Einzelhandel (33%) oder in der Sachgütererzeugung (rund 21% der befragten Unternehmen). Nach Unternehmensgrößen meldeten vermehrt kleinere Unternehmen (29%, bis 50 Beschäftigte), dass der Entfall an Aufträgen eine wichtige Beschränkung der Geschäftstätigkeit darstellte, als in den anderen Größenklassen (15% bzw. 12%).

Abbildung 1: **Unsere Geschäftstätigkeit ist in den letzten 3 Monaten durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch...**



Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022 Anmerkungen: Mehrfachnennungen (Ausnahme: keinen Beeinträchtigungen) waren möglich, deswegen summieren sich die Ergebnisse innerhalb der Gruppen nicht auf 100%.

Schwierigkeiten Kernbeschäftigte halten zu können meldeten rund 11% der Unternehmen. Unternehmen in den Dienstleistungsbranchen (rund 15%) und im Einzelhandel (14%) nannten diese Beschränkung der Geschäftstätigkeit häufiger als Unternehmen in der Bauwirtschaft (7%) und der Sachgütererzeugung (11%). Kleinere Unternehmen (rund 10%) berichteten weniger oft über Probleme ihre Kernbeschäftigten halten zu können als mittlere und größere Unternehmen (14% bzw. 12%).

Die „verzögerte Zahlung von Kunden“ wurde von rund 10% der Unternehmen als ein wichtiger Faktor identifiziert, der die Geschäftstätigkeit beeinträchtigt. Hier zeigten sich kaum Unterschiede zwischen den Sektoren (Bandbreite: Sachgütererzeugung 9% bis Dienstleistungen 11%). Nach Unternehmensgrößen zeigten sich deutlichere Unterschiede rund 11% der mittleren Unternehmen, 9% der kleineren Unternehmen, aber nur 3% der größeren Unternehmen berichteten davon, dass die verzögerte Zahlung von Kunden eine wichtige Beschränkung ihrer Geschäftstätigkeit darstellte.

Finanzielle Engpässe wurden von rund 6% als wichtige Einschränkung der Geschäftstätigkeit genannt. Hier zeigte sich, dass die Unternehmen im Einzelhandel (12%) und den

Dienstleistungen (9%) stärker von finanziellen Engpässen betroffen waren als Unternehmen in der Sachgütererzeugung (6%) und im Bau (2%). Insbesondere kleinere Unternehmen (weniger als 50 Beschäftigte) waren von finanziellen Engpässen deutlich stärker betroffen (rund 7% der kleinen Unternehmen) als mittlere (5%) und größere Unternehmen (0%). Diese Antwort spiegelte auch die geringeren Liquiditätsreserven kleinerer Unternehmen wider (vgl. Abschnitt 6).

„Andere Einschränkungen“ meldeten rund 11% aller Unternehmen. Nach Sektoren wurden am häufigsten „andere Einschränkungen“ im Bau (16%) genannt, gefolgt von den Dienstleistungen, dem Einzelhandel (jeweils 11%) und der Sachgütererzeugung (10%). Am häufigsten wurden dabei die Quarantäneregulungen angesprochen. Nach Unternehmensgröße gaben mittlere (rund 13%) und kleinere Unternehmen (rund 10%) häufiger andere Einschränkungen an als größere Unternehmen (6%). Abbildung 2 zeigt, dass die Unternehmen vor allem die Quarantänebestimmungen und den Ausfall von MitarbeiterInnen durch Krankenstände anführen. In den Dienstleistungssektoren und im Handel wurden auch häufig die restriktiven 2G-Beschränkungen für KundInnen genannt. Die linke Wortwolke basiert auf den Antworten der Unternehmen, wobei nur Füllwörter entfernt wurden. Die rechte Wortwolke beruht auf einer Verschlagwortung der Unternehmensantworten.

Abbildung 2: **Andere Einschränkungen der Geschäftstätigkeit in den vergangenen 3 Monaten**

(a) Original

(b) Schlagworte



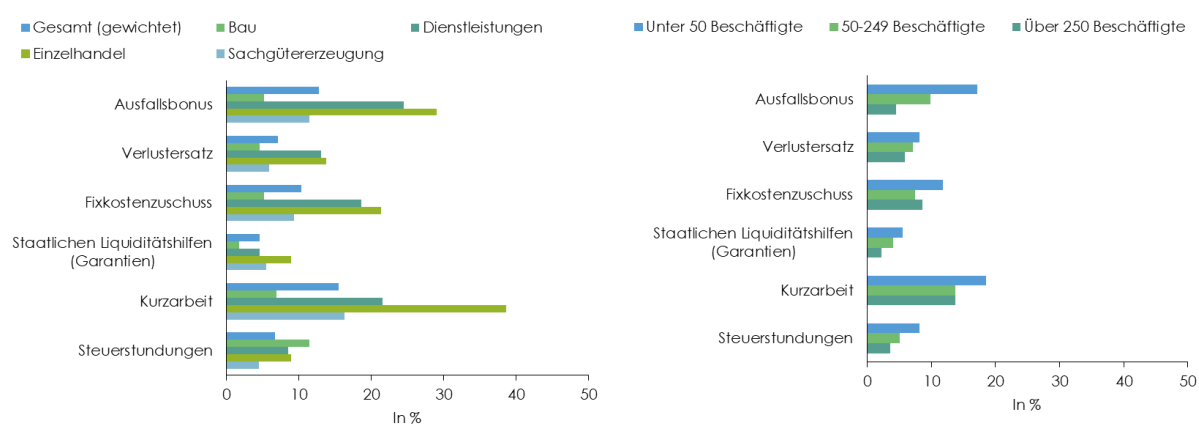
Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022. Anmerkungen: Nennung anderer Einschränkung; n=152.

4. Inanspruchnahme staatlicher Hilfen

Die staatlichen Gegenmaßnahmen zielten und zielen darauf ab, Unternehmen durch die COVID-19-Krise zu bringen, Beschäftigung und Investitionstätigkeit aufrecht zu erhalten und Unternehmen für die Wirkung der staatlichen Einschränkungsmaßnahmen zu entschädigen. Die Unternehmen wurden daher gefragt, welche staatlichen Unterstützungen sie in den letzten drei Monaten in Anspruch genommen haben.

In den letzten drei Monaten wurde die Kurzarbeit am häufigsten in Anspruch genommen. Rund 15% der antwortenden Unternehmen gaben an, Kurzarbeit eingesetzt zu haben. Am häufigsten wurde Kurzarbeit von Unternehmen im Einzelhandel (39%), im Dienstleistungsbereich (22%) und in der Sachgütererzeugung (rund 16%) genutzt. Unternehmen in der Bauwirtschaft nahmen weniger häufig Kurzarbeit in Anspruch (7%). Nach Unternehmensgrößen zeigt sich, dass die Kurzarbeit häufiger von kleineren Unternehmen (19%) als von mittelgroßen und großen Unternehmen (jeweils 14%) in Anspruch genommen wurde.

Abbildung 3: **Welche staatlichen Hilfen hat Ihr Unternehmen aufgrund der Corona-Pandemie in den letzten drei Monaten in Anspruch genommen / plant in nächster Zeit in Anspruch zu nehmen?**



Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022. Anmerkungen: Mehrfachnennungen waren möglich, deswegen summieren sich die Ergebnisse innerhalb der Gruppen nicht auf 100%.

Rund 13% der Unternehmen gaben an, den Ausfallbonus in Anspruch genommen zu haben. Hier gibt es deutliche Unterschiede in der Nutzung zwischen den Branchen: am häufigsten wurde der Ausfallbonus in den Dienstleistungsbranchen (24%) und im Einzelhandel (29%) genutzt, gefolgt von der Sachgütererzeugung (11%). In der Bauwirtschaft haben hingegen wenige Unternehmen (5%) dieses Instrument in Anspruch genommen. Die Häufigkeit der Nutzung des Ausfallbonus sinkt mit der Unternehmensgröße.

Rund 10% der Unternehmen meldeten, das Instrument des Fixkostenzuschusses in Anspruch genommen zu haben. Da dieses Instrument für Unternehmen konzipiert war, die direkt von den Einschränkungsmaßnahmen betroffen waren, wurde die häufigste Nutzung im Einzelhandel (21%) beobachtet, der als Sektor von den Einschränkungsmaßnahmen am stärksten betroffen war, gefolgt von den Dienstleistungsbranchen (19%), der Sachgütererzeugung (9%) und dem Bau (5%).

Rund 7% der Unternehmen meldeten, dass sie Steuerstundungen in Anspruch genommen haben. Dieses Instrument wurde vor allem im Bau genutzt (11% der befragten Unternehmen), gefolgt von Einzelhandel (9%), Dienstleistungen (8%) und Sachgütererzeugung (4%). Kleinere Unternehmen nutzten etwas öfter dieses Instrument als mittlere und größere Unternehmen.

Rund 7% der Unternehmen nahmen den Verlustersatz in Anspruch. Dieser wurde überproportional im Einzelhandel genutzt (14% der Unternehmen) gefolgt von den Dienstleistungsbranchen (13%). In der Sachgütererzeugung nutzten rund 6% den Verlustersatz und im Bau rund 5%. Die Nutzung fällt mit steigender Unternehmensgröße.

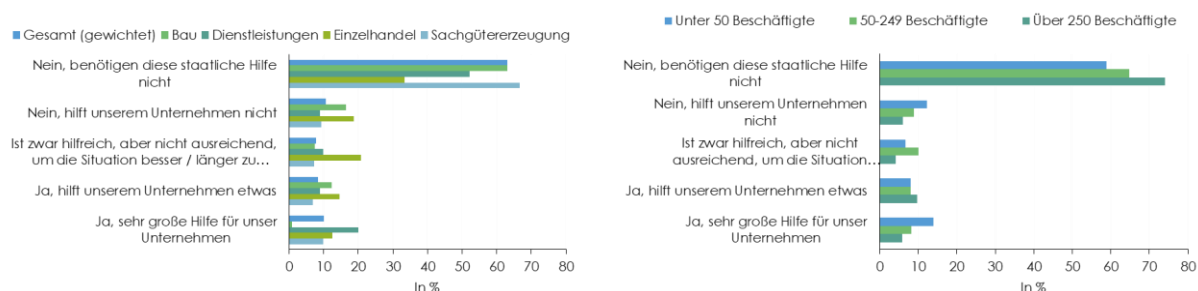
Schließlich meldeten rund 5% der befragten Unternehmen staatliche Liquiditätshilfen genutzt zu haben. Hier zeigte sich eine etwas höhere Nutzung im Handel (9%), in der Sachgütererzeugung (6%) und in den Dienstleistungen (5%) als in der Bauwirtschaft (2%). Je größer die Unternehmen sind, desto seltener wurde dieses Instrument in Anspruch genommen.

5. Einschätzungen zur Wirksamkeit ausgewählter staatlicher Hilfen

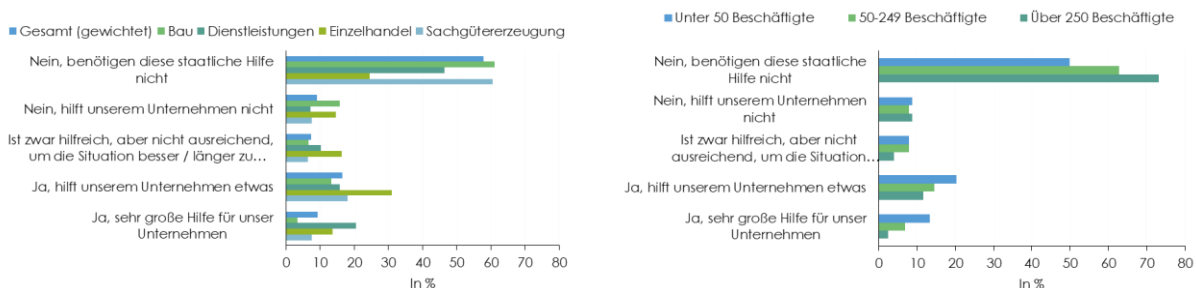
Im Verlauf der Krise wurde eine Reihe von staatlichen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen konzipiert und im Laufe der Zeit adaptiert, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu begrenzen. Berücksichtigt man die Tatsache, dass sich einige Unternehmen einer für ihre Existenz bedrohlichen Situation gegenübersehen, können die Ergebnisse auf die Frage „Helfen die staatlichen Unterstützungen Ihrem Unternehmen, die Zeit der wirtschaftlichen Einschränkungen besser bzw. länger zu überstehen?“, erste Hinweise auf die Wirksamkeit der Maßnahmen geben. Im Februar 2022 wurde die Frage spezifisch nach zwei Maßnahmen differenziert: Es wurde gefragt wie (a) der Verlustersatz und (b) der Ausfallsbonus den Unternehmen helfen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie besser bzw. länger zu überstehen. Bei der Interpretation der Antworten muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Unternehmen die Instrumente nutzen und dass viele der Instrumente in erster Linie für besonders betroffene Unternehmen konzipiert sind. Dies zeigt sich auch in Abbildung 4: Für alle Instrumente meldeten mehr als 58% der befragten Unternehmen zurück „Nein, wir benötigen diese staatliche Hilfe nicht“.

Abbildung 4: **Wie schätzen sie die Wirksamkeit der folgenden (neuen) staatlichen Hilfen für Ihr Unternehmen ein, um die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen besser bzw. länger zu überstehen?**

a. Verlustersatz



b. Ausfallsbonus



Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022

Beim Verlustersatz meldeten 10% der befragten Unternehmen, dass dieser eine große Hilfe für das Unternehmen ist die Covid-19-Krise zu überstehen und 8%, dass der Verlustersatz hilfreich ist. Weitere 8% der befragten Unternehmen gaben an, dass der Verlustersatz zwar hilfreich aber nicht ausreichend ist und 11%, dass der Verlustersatz nicht hilft. 63% der befragten Unternehmen meldeten, dass der Verlustersatz vom Unternehmen nicht benötigt wird. Die häufigste Nutzung zeigte sich in den Dienstleistungsbranchen und im Einzelhandel, wobei der Verlustersatz von den Unternehmen im Einzelhandel skeptischer als in den Dienstleistungen gesehen wird. Im Einklang mit den Ergebnissen zu den Liquiditätsengpässen wird der Verlustersatz von kleineren Unternehmen weniger oft als „nicht benötigt“ bezeichnet.

Abbildung 5: Weitere Anmerkungen zu den staatlichen Hilfen / Unterstützungsleistungen

(a) Original

(b) Schlagworte



Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022. Anmerkungen: Nennung anderer Einschränkung; n= 175.

Rund 9% der befragten Unternehmen gaben an, dass der Ausfallbonus eine sehr große Hilfe für ihr Unternehmen ist, rund 17%, dass er hilft, rund 7%, dass er hilfreich ist, aber für das

Unternehmen nicht ausreicht, um die Krise besser bzw. länger zu überstehen. Rund 9% meldeten zurück, dass die Liquiditätshilfen dem Unternehmen nicht halfen. Am häufigsten wurde der Ausfallbonus in den Dienstleistungen und im Einzelhandel verwendet, während er von den Unternehmen der Bauwirtschaft skeptisch beurteilt wurde. Der Ausfallbonus wurde von kleineren Unternehmen häufiger und tendenziell besser bewertet als von größeren Unternehmen.

Die Unternehmen wurden auch in einer offenen Frage gefragt, ob sie zusätzliche Anmerkungen bezüglich der staatlichen Hilfen/Unterstützungsleistungen haben. 175 Unternehmen haben die Gelegenheit für zusätzliche Anmerkungen genutzt. Diese Anmerkungen wurden mit Hilfe von Wortwolken visualisiert. Die Größe des Wortes in der Wortwolke ist proportional zur Häufigkeit der Wortnennung. Die linke Wortwolke stellt alle Worte (ausgenommen typischer Füllwörter) dar, die von den Unternehmen in ihren Antworten genannt wurden. Die rechte Wortwolke basiert auf einer Verschlagwortung der Antworten, die durch die AutorInnen vorgenommen wurde. Der Vergleich der Wortwolken zeigt deutliche Unterschiede. Die Ergebnisse der beschlagworteten Wortwolke zeigen insbesondere, dass die Unternehmen insbesondere die langsame Auszahlung der Unterstützungsleistungen sowie die Komplexität und Bürokratie der Antragsstellung anmerkten, während dies aus der nicht beschlagworteten Wortwolke nicht so deutlich ersichtlich ist. Auch wurde von einigen Unternehmen die Möglichkeit der Überförderung im Rahmen der Hilfsmaßnahmen angesprochen, die zu Wettbewerbsverzerrungen bei Mitbewerbern oder in anderen Sektoren führen kann. Von anderen Unternehmen wurde auch die Hilfe durch die Unterstützungsleistungen in kritischen Momenten betont.

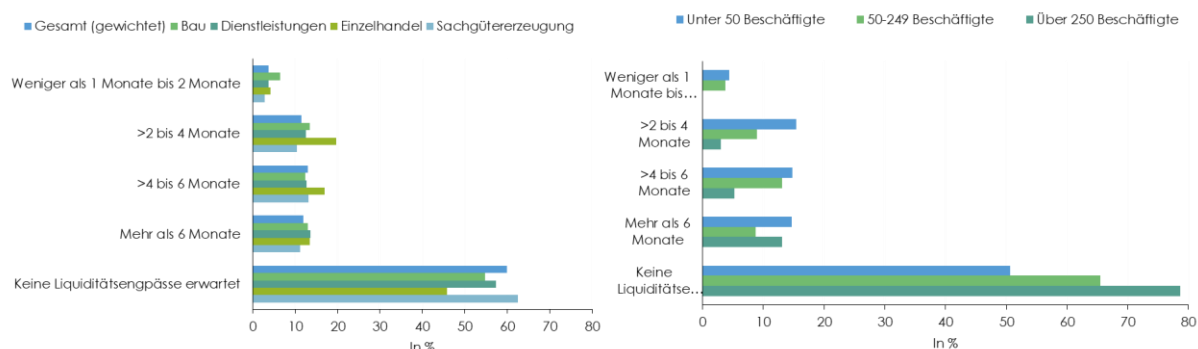
6. Wie lange reichen die Liquiditätsreserven?

Eine wirtschaftspolitisch zentrale Frage ist, wie lange die Unternehmen die Ausnahmesituation der COVID-19-Krise überstehen können. Unternehmenshilfen waren und sind aus diesem Grund ein wichtiges Element der COVID-19-Politik.

Die Ergebnisse für den Februar 2022 zeigen im Vergleich zum August 2021 kaum Veränderungen bei den Liquiditätseinschätzungen der österreichischen Unternehmen. In Anbetracht dessen, dass rund sechs Monate zwischen den Befragungen liegen und eine deutliche Verschärfung der Einschränkungsmaßnahmen im Spätherbst/Winter erfolgte, spiegelt dieser Wert eine gute Entwicklung der unternehmerischen Liquiditätsreserven wider. Rund 4% der Unternehmen gaben im Februar an, über Liquiditätsreserven für bis zu 2 Monate zu verfügen. Im August waren es 5%. Ebenfalls nahezu unverändert blieb der Anteil der Unternehmen, die angegeben haben, über Liquiditätsreserven zu verfügen, die für die nächsten 2-4 Monate reichen. Im August 2021 waren es 10%, im Februar 2022 11%. 13% (August 12%) gaben an, über Liquiditätsreserven für 4 bis 6 Monate zu verfügen, weitere 12% (August: 15%) gaben an, über Liquiditätsreserven für mehr als 6 Monate zu verfügen. Mit 60% (August: 59%) meldete im Februar 2022 mehr als jedes zweite Unternehmen, keine Liquiditätseingpässe zu erwarten.

Abbildung 6: Wie lange schätzen Sie, werden Ihre Liquiditätsreserven ausreichen, wenn sich Ihre Geschäftslage wie erwartet entwickelt?

Bitte, berücksichtigen Sie dabei auch mögliche staatliche Hilfen wie Kurzarbeit, Liquiditätshilfen, Fixkostenzuschüsse, Kreditgarantien



Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022.

Allerdings erwarten weiterhin rund 15% aller befragten Unternehmen in eine finanzielle Notlage zu geraten, sollte sich die Geschäftslage in den nächsten 4 Monaten wie erwartet entwickeln. Dies zeigt trotz der unveränderten Einschätzungen gegenüber August 2021, dass die negativen Auswirkungen auf die Unternehmensliquidität trotz positiver Erwartungen bezüglich der Aufhebung der COVID-19-Einschränkungsmaßnahmen noch nicht überwunden wurden.

Zwischen den Branchen zeigten sich leichte Unterschiede in den Einschätzungen der Liquiditätsreserven. Auch im Bauwesen blieben die Liquiditätseinschätzungen trotz der besseren Konjunktursituation etwa im Schnitt der anderen Sektoren. Eine detailliertere Branchenbetrachtung zeigte, dass neben dem Einzelhandel insbesondere Unternehmen in der Gastronomie und im Tourismus von größeren Liquiditätsengpässen berichteten. Merklich größere Unterschiede zeigten sich bei der Auswertung nach Größenklassen. Wie in den vergangenen Sonderbefragungen zeigte sich auch im Februar 2022, dass die Fähigkeit, die COVID-19-Krise länger und ohne eine finanzielle Notlage überstehen zu können, mit der Unternehmensgröße zunimmt.

Rund 3% der großen Unternehmen (mit mehr als 250 Beschäftigten) und rund 13% der mittleren Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte) gaben an, nur für die nächsten 4 Monate ausreichende Liquiditätsreserven zu haben und in finanzielle Schieflage zu kommen, sollte sich die Geschäftslage nicht besser als erwartet entwickeln – selbst, wenn staatliche Hilfen mit einbezogen werden. Bei den kleinen Unternehmen gaben etwa 19% an, dass sie in 4 Monaten mit Liquiditätsproblemen konfrontiert sind, sollte sich die Geschäftslage nicht besser als erwartet entwickeln. Umgekehrt betrachtet, erwarteten nur etwa 51% der kleineren Unternehmen (bis 50 Beschäftigte) keine Liquiditätsengpässe, dagegen rund 65% der mittleren Unternehmen und 79% der großen Unternehmen.

7. Erwartete Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in den nächsten 6 Monaten

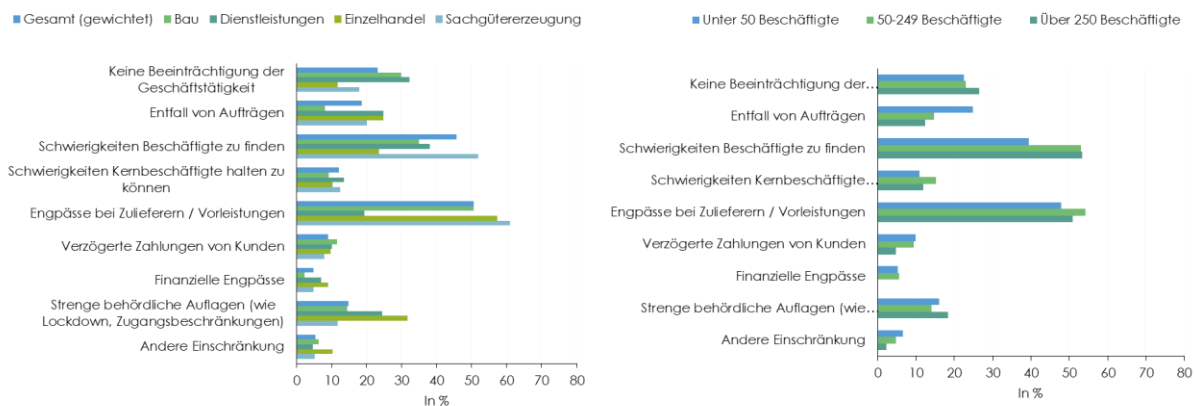
Rund 23% der Unternehmen erwarteten keine Beeinträchtigung ihrer Geschäftstätigkeit durch die COVID-19-Pandemie in den nächsten sechs Monaten. Rund 32% in den Dienstleistungen, 30% in der Bauwirtschaft, 18% der Sachgütererzeugung, aber nur 9% der Unternehmen im Einzelhandel erwarteten Einschränkungen der Geschäftstätigkeit. Detailliertere Ergebnisse zeigten aber auch, dass insbesondere Unternehmen in Gastronomie und Tourismus Einschränkungen der Geschäftstätigkeit erwarten: Nur etwa 6% der Unternehmen in Tourismus und Gastronomie erwarteten keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit. Größere Unternehmen (26%) erwarteten häufiger keine Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit als mittlere (23%) und kleinere Unternehmen (22%).

Die am häufigsten von den Unternehmen genannte Beeinträchtigung waren Engpässe bei Zulieferern/Vorleistungen (51% der Unternehmen), gefolgt von „Schwierigkeit Beschäftigte zu finden“ (46% der Unternehmen). Mit deutlichem Abstand folgten der „Entfall von Aufträgen“ (19%) und „strenge behördliche Auflagen“ (15%). Im Vergleich zum August haben die Nennungen von „Engpässen bei Zulieferern/Vorleistungen“ und „Schwierigkeit Beschäftigte zu finden“ merklich zugenommen.

Lieferengpässe wurden insbesondere in der Sachgütererzeugung (61% der Unternehmen) und in der Bauwirtschaft (51%) und dem Einzelhandel (57%) als wichtigste Hemmnisse der Geschäftstätigkeit erwartet und weniger oft in den Dienstleistungsbranchen (19%) genannt. Besonders häufig wurden Lieferengpässe in den Investitionsgüterbranchen der Sachgütererzeugung genannt (rund 76% der Unternehmen). Nach Unternehmensgrößen gab es kaum große Unterschiede bei der Bewertung dieses Faktors.

Die „Schwierigkeit Beschäftigte zu finden“ wurde von 52% der Industrieunternehmen, 38% der Dienstleistungsunternehmen und 35% der Bauunternehmen als Quelle der Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit genannt. Im Einzelhandel nannten 23% dieses Hemmnis. Besonders häufig wurde dieser Faktor von Unternehmen in den Branchen Gastronomie und Tourismus genannt (rund 64%). Nach Beschäftigungsgrößengruppen zeigt sich, dass insbesondere größere Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und mittlere Unternehmen stark betroffen waren (jeweils 53%), während kleinere Unternehmen in etwas geringerem Ausmaß (39%) zurückmeldden, dass sie erwarten mit der „Schwierigkeit Beschäftigte zu finden“ konfrontiert zu werden.

Abbildung 7: **Unsere Geschäftstätigkeit wird in den nächsten 6 Monaten voraussichtlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch...**



Q: WIFO Konjunkturtest

Der „Entfall von Aufträgen“, von rund 19% aller befragten Unternehmen genannt, wurde insbesondere im Einzelhandel und in den Dienstleistungsbranchen (jeweils rund 25% der Unternehmen) und in der Sachgütererzeugung (20%) gemeldet, während in der Bauwirtschaft nur etwa 8% der befragten Unternehmen den Entfall von Aufträgen als Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit erwarteten. Die Wichtigkeit des Faktors „Entfall von Aufträgen“ in den nächsten 6 Monaten sinkt merklich mit steigender Unternehmensgröße.

Von rund 15% der Unternehmen wurde erwartet, dass „strenge behördliche Auflagen (wie Lockdown, Zugangsbeschränkungen) Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit in den nächsten 6 Monaten haben. Es zeigt sich, dass insbesondere Unternehmen im Einzelhandel (32%) und den Dienstleistungsbranchen (24%) dies erwarteten, während die Meldungen in Bau (14%) und in Industrie (12%) deutlich unter diesen Werten lagen. Detailliertere Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Unternehmen in Gastronomie und Tourismus (57%), der Transportwirtschaft (27%) und den sonstigen Dienstleistungen (22%) neben dem Einzelhandel (32%) Auswirkungen aufgrund von strengeren behördlichen Maßnahmen erwarten.

Rund 12% der Unternehmen gaben an Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit durch „Schwierigkeiten Kernbeschäftigte halten zu können“ in den nächsten 6 Monaten erwarten. Rund 13% der Dienstleistungsunternehmen und rund 12% der Industrieunternehmen erwarteten dies, sowie 9% der Bauunternehmen und 10% der Einzelhandelsunternehmen. Rund 9% der Unternehmen erwarteten, dass verzögerte Zahlungen von Kunden die Geschäftstätigkeit behindern. Hier waren die Unterschiede zwischen den Branchen gering. Nach Unternehmensgrößen erwarteten größere Unternehmen weniger oft von der verzögerten Zahlung von Kunden in ihrer Geschäftstätigkeit betroffen zu sein als mittlere oder kleinere Unternehmen. Deutlich größere Unterschiede zeigten sich bei den „finanziellen Engpässen“, die insgesamt von 5% der Unternehmen genannt wurden. Im Einzelhandel waren es 9% der Unternehmen, in den Dienstleistungen 7%, in der Sachgütererzeugung 5% und in der Bauwirtschaft 2% der Unternehmen, die

erwarteten, dass finanzielle Engpässe ihre Geschäftstätigkeit behindern. Besonders häufig wurden finanzielle Engpässe in Gastronomie und Tourismus genannt (24% der Unternehmen). Rund 5% der Unternehmen erwarteten andere Einschränkungen der Geschäftstätigkeit. Weiters machten 75 Unternehmen zusätzliche Angaben zu den erwarteten Beschränkungen der Geschäftstätigkeit in den nächsten Monaten (siehe Abbildung 8). Die Unternehmen meldeten insbesondere erwartete Einschränkungen auf Grund von Quarantäne und Krankenständen von Mitarbeitern zurück. Insbesondere im Handel wurde auf ein verändertes Konsumentenverhalten hingewiesen und in Gastronomie und Tourismus aber auch im Bereich der Sachgütererzeugung auf die weiter bestehenden Reisebeschränkungen.

Abbildung 8: **Andere erwartete Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit**

(a) Original

(b) Schlagworte

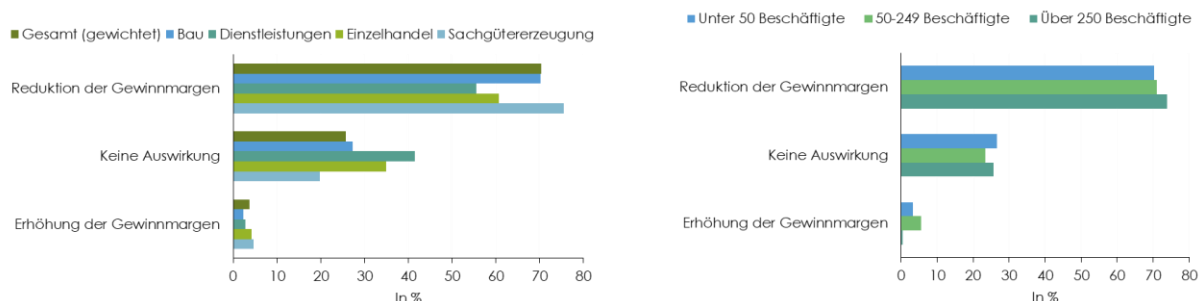


Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022. Anmerkungen: Nennung anderer Einschränkung; n=75.

8. Auswirkungen der Preisanstiege infolge von Lieferengpässen

Aufgrund von Lieferengpässen in Folge von Logistikproblemen und dem Anstieg der Energiepreise ist es zu einem deutlichen Anstieg der Preise (Inflationsrate) gekommen. Diese Entwicklung hatte Auswirkungen auf die Unternehmen.

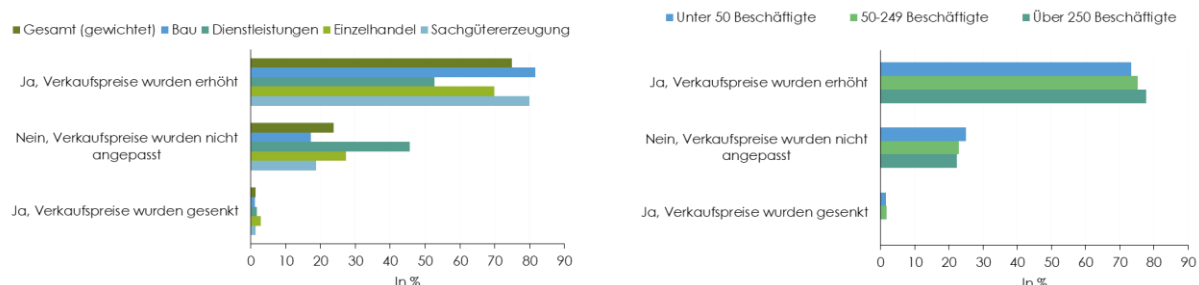
Abbildung 9: **Wie hat sich diese Entwicklung auf die Gewinnmargen Ihres Unternehmens ausgewirkt?**



Q: WIFO Konjunkturtest

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen (70%) gab an, dass der Anstieg der Preise zu einer Reduktion der Gewinnmargen geführt hat, rund 26% der Unternehmen meldete zurück, dass dies keine Auswirkung auf die Gewinnmargen hatte, und rund 4% meldete einen Anstieg der Gewinnmargen. Am stärksten betroffen waren Unternehmen in der Sachgütererzeugung, wo rund 76% der Unternehmen von einer Reduktion der Gewinnmargen berichteten, gefolgt von der Bauwirtschaft (70%), dem Einzelhandel (61%) und den Dienstleistungen (56%). Nach Unternehmensgrößen meldeten größere und mittlere Unternehmen etwas häufiger eine Reduktion der Gewinnmargen als kleinere Unternehmen.

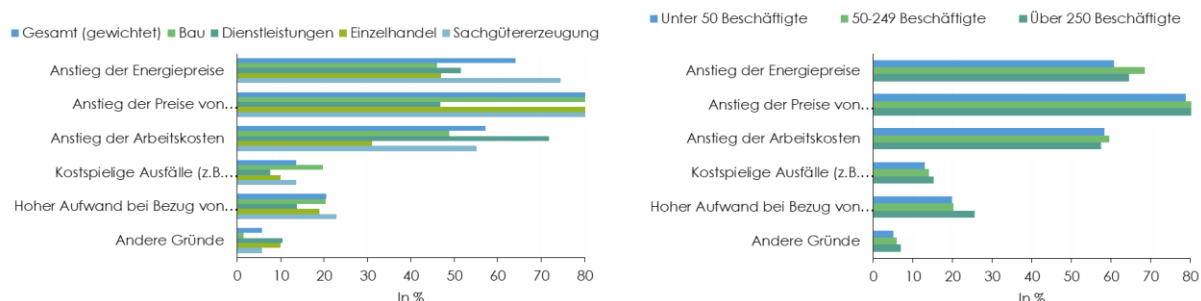
Abbildung 10: **Hat Ihr Unternehmen in den letzten Monaten seine Verkaufspreise angepasst?**



Q: WIFO Konjunkturtest

Als Reaktion auf die Preiserhöhungen meldeten 75% der Unternehmen, dass sie ihre Verkaufspreise in den vergangenen sechs Monaten angepasst haben, 24% ließen die Verkaufspreise unverändert und rund 1% hat sie reduziert. Insbesondere die Unternehmen in der Bauwirtschaft (82%) und der Sachgütererzeugung (80%) berichteten von einer Erhöhung ihrer Verkaufspreise, aber auch 70% der Einzelhändler, aber nur 53% der Dienstleistungsunternehmen. Nach Unternehmensgrößen meldeten größere und mittlere Unternehmen etwas häufiger, dass sie ihre Verkaufspreise erhöht haben, als kleinere Unternehmen.

Abbildung 11: **Wenn die Verkaufspreise erhöht wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise erhöht?**



Q: WIFO Konjunkturtest (n= 729)

Abbildung 12: **Wenn die Verkaufspreise erhöht wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise erhöht? Andere Gründe:**

(a) Original

(b) Schlagworte

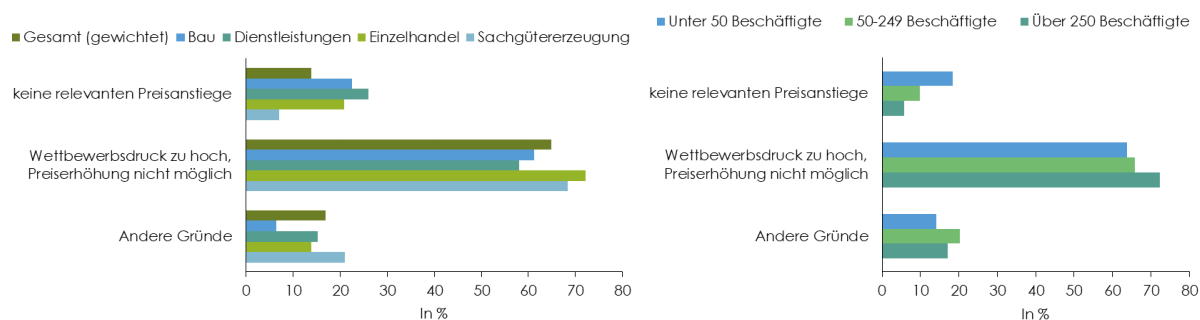


Q: WIFO Konjunkturtest (n= 63)

Von den Unternehmen, die ihre Verkaufspreise erhöht haben, meldeten 82% als Grund für die Preiserhöhung den Anstieg der Preise von Vorleistungen/Vorprodukten (ohne Energie und Arbeit). 64% der Unternehmen nannte den Anstieg der Energiekosten und 57% den Anstieg der Arbeitskosten als Grund für die Erhöhung des Verkaufspreises. Eine untergeordnete Rolle spielte der hohe Aufwand bei Bezug von Vorleistungen und Vorprodukten (21%), kostspielige Ausfälle (z.B. Produktionsausfälle) (14%) und andere Gründe (6%). Abbildung 12 zeigt die Nennungen der anderen Gründe. Diese betrafen vor allem Preiserhöhungen der Lieferanten und Preiserhöhungen bei Rohstoffen, aber auch Indexanpassungen an die Inflationsrate wurden genannt. Abbildung 11 zeigt aber auch, dass es über die Sektoren hinweg leichte Unterschiede gab. So wurde der Anstieg der Preise von Vorleistungen/Vorprodukten (ohne Energie und Arbeit) in allen Sektoren am häufigsten zurückgemeldet, mit Ausnahme der Dienstleistungen, wo der Anstieg der Arbeitskosten am häufigsten genannt wurde. Der Anstieg der Energiepreise wurde insbesondere in der Industrie häufig als Grund für Preissteigerungen gemeldet. Der hohe Aufwand beim Bezug von Vorleistungen und Vorprodukten sowie kostspielige Ausfälle wurden in der Sachgütererzeugung, der Bauwirtschaft und im Einzelhandel häufiger genannt als in den Dienstleistungsunternehmen. Nach Unternehmensgrößen zeigten sich keine markanten

Unterschiede, allerdings wurden der Anstieg der Energiepreise und der Anstieg der Preise von Vorleistungen/Vorprodukten von größeren und mittleren Unternehmen etwas häufiger als von kleineren Unternehmen genannt.

Abbildung 13: **Wenn die Verkaufspreise nicht erhöht bzw. gesenkt wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise nicht angepasst oder gesenkt?**



Q: WIFO Konjunkturtest (n=414)

Abbildung 14: **Wenn die Verkaufspreise nicht erhöht bzw. gesenkt wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise nicht angepasst oder gesenkt?**

(a) Original (b) Schlagworte



Q: WIFO Konjunkturtest (n=70)

Von den Unternehmen, die angegeben haben, ihre Verkaufspreise nicht verändert bzw. gesenkt zu haben, gab die Mehrheit (65%) als Grund dafür an, dass der Wettbewerbsdruck zu hoch sei, um die Preise anzupassen. 14% meldeten zurück, dass sie mit keinen relevanten Preisanstiegen konfrontiert wären, 17% meldeten andere Gründe zurück. Bei diesen Rückmeldungen wurde von vielen Unternehmen berichtet, dass langfristige Verträge und Preisbindungen Preiserhöhungen unmöglich machen, bzw. dass die Unternehmen demnächst ihre Preise anpassen werden.

Zwischen den Sektoren gibt es Unterschiede. So meldeten deutlich weniger Unternehmen in der Sachgütererzeugung, dass sie keine relevanten Preisanstiege erfahren haben, als Unternehmen in anderen Sektoren. Der Wettbewerbsdruck wurde im Einzelhandel und in der

Sachgütererzeugung etwas häufiger genannt als in den Dienstleistungsbereichen und im Bau. Nach Unternehmensgröße meldeten größere Unternehmen etwas häufiger den Wettbewerbsdruck als Grund die Preise nicht erhöht zu haben zurück als kleinere Unternehmen.

9. Literatur

- García, R., Gayer, C., Hözl, W., Payo, S., Reuter, A. Wohlrabe, K. (2020): „The Impact of the COVID-19 Crisis on European Businesses: Evidence from Surveys in Austria, Germany and Spain“ EconPol Policy Brief No. 31, May 2020, https://www.econpol.eu/publications/policy_brief_31.
- Hözl, W., & Kügler, A. (2020). Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO Konjunkturtests vom April 2020. WIFO-Monatsberichte, 93(5), 347–353.
- Hözl, W. (2020): Die österreichischen Unternehmen in der COVID-19-Krise: Ergebnisse der Sonderfragen des WIFO-Konjunkturtests“, WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 1/2020, https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers?detail-view=yes&publikation_id=65990.
- Hözl, W., Klien, M. und A. Kügler (2020a) Liquiditätssengpässe und Erwartungen bezüglich der Normalisierung. Ergebnisse der zweiten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2020, WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 2/2020.
- Hözl, W., Klien, M. und A. Kügler (2020b) Liquidität und Gegenmaßnahmen in der COVID-19-Krise. Ergebnisse der dritten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom August 2020, WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 3/2020.
- Hözl, W., Friesenbichler, K. Klien, M. und A. Kügler (2020c) Umsatzentwicklung, Investitionsverhalten und Erwartungen bezüglich der Normalisierung. Ergebnisse der vierten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020, WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 4/2020.
- Hözl, W., Klien, M., A. Kügler und B. Meyer (2021a) Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit, Liquidität und staatliche Hilfen in der zweiten COVID-19-Welle. Ergebnisse der fünften Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2021, WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 1/2021.
- Hözl, W., Klien, M., und A. Kügler (2021b) Erwartungen bezüglich Geschäftstätigkeit, Beeinträchtigungen und Liquidität in der vierten COVID-19-Welle. Ergebnisse der sechsten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom August 2021, WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 2/2021.
- Hözl, W. Böheim, M., Friesenbichler, K., Kügler, A., Leoni, T., (2021c) Staatliche Hilfsmaßnahmen für Unternehmen in der COVID-19-Krise: Eine begleitende Analyse operativer Aspekte und Unternehmenseinschätzungen, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, WIFO.
- Hözl, W., und B. Meyer (2021d) Staatliche Hilfsmaßnahmen für Unternehmen in der COVID-19-Krise. Befragungsupdate vom Februar 2021, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, WIFO
- Hözl, W., Bachtrögler-Unger, J., Bierbaumer, J. und A. Kügler (2022) Vierte COVID-19-Welle dämpft Konjunktüreinschätzungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2022, WIFO-Monatsberichte, 2022, 95(2), S.83-95.

Anhang: Tabellarische Darstellung

Übersicht 1: **Unsere Geschäftstätigkeit ist in den letzten 3 Monaten durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch...**

	Über 250 Be- schäftigte	50-249 Beschäf- tigte	Unter 50 Be- schäftigte
	In %		
Keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit	15	18	22
Entfall von Aufträgen	12	15	29
Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden	61	55	42
Schwierigkeiten Kernbeschäftigte halten zu können	12	14	10
Engpässe bei Zulieferern / Vorleistungen	67	56	47
Verzögerte Zahlungen von Kunden	3	11	9
Finanzielle Engpässe	0	5	7
Strenge behördliche Auflagen (wie Lockdown, Zugangsbeschränkungen)	31	24	24
Andere Einschränkung	6	13	10

	Sachgüter- erzeugung	Einzelhan- del	Dienstleistun- gen	Bau	Gesamt(ge- wichtet)
	In %				
Keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit	14	8	28	28	19
Entfall von Aufträgen	21	33	33	6	20
Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden	55	28	40	35	48
Schwierigkeiten Kernbeschäftigte halten zu können	11	14	15	7	11
Engpässe bei Zulieferern / Vorleistungen	65	60	20	51	53
Verzögerte Zahlungen von Kunden	9	10	11	10	10
Finanzielle Engpässe	6	12	9	2	6
Strenge behördliche Auflagen (wie Lockdown, Zugangsbeschränkungen)	20	62	36	21	24
Andere Einschränkung	10	11	11	16	11

Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022. Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich, deswegen summieren sich die Ergebnisse innerhalb der Gruppen nicht auf 100%.

Übersicht 2: **Welche staatlichen Hilfen hat Ihr Unternehmen aufgrund der Corona-Pandemie in den letzten drei Monaten in Anspruch genommen / plant in nächster Zeit in Anspruch zu nehmen?**

	Über 250 Beschäf- tigte	50-249 Beschäf- tigte	Unter 50 Beschäf- tigte
	In %		
Steuerstundungen	4	5	8
Kurzarbeit	14	14	19
Staatlichen Liquiditätshilfen (Garantien)	2	4	6
Fixkostenzuschuss	9	7	12
Verlustersatz	6	7	8
Ausfallsbonus	5	10	17

	Sachgüter- erzeugung	Einzelhandel	Dienstleistun- gen	Bau	Gesamt (gewichtet)
	In %				
Steuerstundungen	4	9	8	11	7
Kurzarbeit	16	39	22	7	15
Staatlichen Liquiditätshilfen (Garantien)	6	9	5	2	5
Fixkostenzuschuss	9	21	19	5	10
Verlustersatz	6	14	13	5	7
Ausfallsbonus	11	29	24	5	13

Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022. Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich, deswegen summieren sich die Ergebnisse innerhalb der Gruppen nicht auf 100%.

Übersicht 3: Wie schätzen sie die Wirksamkeit der folgenden (neuen) staatlichen Hilfen für Ihr Unternehmen ein, um die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen besser bzw. länger zu überstehen?

a. Verlustersatz

	Über 250 Be- schäftigte	50-249 Be- schäftigte	Unter 50 Be- schäftigte
	In %		
Ja, sehr große Hilfe für unser Unternehmen	6	8	14
Ja, hilft unserem Unternehmen etwas	10	8	8
Ist zwar hilfreich, aber nicht ausreichend, um die Situation besser / länger zu überstehen	4	10	7
Nein, hilft unserem Unternehmen nicht	6	9	12
Nein, benötigen diese staatliche Hilfe nicht	74	65	59

	Sachgüter- erzeugung	Einzel- handel	Dienstleis- tungen	Bau	Gesamt (gewichtet)
	In %				
Ja, sehr große Hilfe für unser Unternehmen	10	13	20	1	10
Ja, hilft unserem Unternehmen etwas	7	15	9	12	8
Ist zwar hilfreich, aber nicht ausreichend, um die Situation besser / länger zu überstehen	7	21	10	7	8
Nein, hilft unserem Unternehmen nicht	9	19	9	16	11
Nein, benötigen diese staatliche Hilfe nicht	67	33	52	63	63

Übersicht 3: Wie schätzen sie die Wirksamkeit der folgenden (neuen) staatlichen Hilfen für Ihr Unternehmen ein, um die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen besser bzw. länger zu überstehen? (Fortsetzung)

b. Ausfallbonus

	Über 250 Be- schäftigte	50-249 Be- schäftigte	Unter 50 Be- schäftigte
	In %		
Ja, sehr große Hilfe für unser Unternehmen	3	7	13
Ja, hilft unserem Unternehmen etwas	12	15	20
Ist zwar hilfreich, aber nicht ausreichend, um die Situation besser / länger zu überstehen	4	8	8
Nein, hilft unserem Unternehmen nicht	9	8	9
Nein, benötigen diese staatliche Hilfe nicht	73	63	50

	Sachgüter- erzeugung	Einzel- handel	Dienstleis- tungen	Bau	Gesamt (gewichtet)
	In %				
Ja, sehr große Hilfe für unser Unternehmen	8	14	20	3	9
Ja, hilft unserem Unternehmen etwas	18	31	16	13	17
Ist zwar hilfreich, aber nicht ausreichend, um die Situation besser / länger zu überstehen	7	16	10	7	7
Nein, hilft unserem Unternehmen nicht	8	15	7	16	9
Nein, benötigen diese staatliche Hilfe nicht	61	25	46	61	58

Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022.

Übersicht 4: Wie lange schätzen Sie, werden Ihre Liquiditätsreserven ausreichen, wenn sich Ihre Geschäftslage wie erwartet entwickelt?

	Über 250 Beschäf- tigte	50-249 Beschäf- tigte	Unter 50 Beschäf- tigte
	In %		
Weniger als 1 Monate bis 2 Mo- nate	0	4	4
>2 bis 4 Monate	3	9	15
>4 bis 6 Monate	5	13	15
Mehr als 6 Monate	13	9	15
Keine Liquiditätsengpässe er- wartet	79	65	51

	Sachgüter- erzeugung	Einzel- handel	Dienstleis- tungen	Ba u	Gesamt (ge- wichtet)
	In %				
Weniger als 1 Monate bis 2 Mo- nate	3	4	4	6	4
>2 bis 4 Monate	10	20	13	14	11
>4 bis 6 Monate	13	17	13	12	13
Mehr als 6 Monate	11	13	14	13	12
Keine Liquiditätsengpässe er- wartet	63	46	57	55	60

Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022.

Übersicht 5: Unsere Geschäftstätigkeit wird in den nächsten 6 Monaten voraussichtlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) besonders beeinträchtigt durch ...

	Über 250 Be-	50-249 Be-	Unter 50 Be-
	schäftigte	schäftigte	schäftigte
	In %		
Keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit	26	23	22
Entfall von Aufträgen	12	15	25
Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden	53	53	39
Schwierigkeiten Kernbeschäftigte halten zu können	12	15	11
Engpässe bei Zulieferern / Vorleistungen	51	54	48
Verzögerte Zahlungen von Kunden	5	9	10
Finanzielle Engpässe	0	6	5
Strenge behördliche Auflagen (wie Lockdown, Zugangsbeschränkungen)	18	14	16
Andere Einschränkung	2	5	7

	Sachgüter-	Einzel-	Dienstleis-	Bau	Gesamt
	erzeugung	handel	tungen		(gewichtet)
Keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit	18	12	32	30	23
Entfall von Aufträgen	20	25	25	8	19
Schwierigkeiten Beschäftigte zu finden	52	23	38	35	46
Schwierigkeiten Kernbeschäftigte halten zu können	12	10	13	9	12
Engpässe bei Zulieferern / Vorleistungen	61	57	19	51	51
Verzögerte Zahlungen von Kunden	8	10	10	11	9
Finanzielle Engpässe	5	9	7	2	5
Strenge behördliche Auflagen (wie Lockdown, Zugangsbeschränkungen)	12	32	24	14	15
Andere Einschränkung	5	10	0	0	5

Q: WIFO Konjunkturtest, COVID-Sonderbefragung Februar 2022. Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich, deswegen summieren sich die Ergebnisse innerhalb der Gruppen nicht auf 100%.

Übersicht 6: Wie hat sich diese Entwicklung auf die Gewinnmargen Ihres Unternehmens ausgewirkt?

	Über 250 Beschäftigte	50-249 Beschäftigte	Unter 50 Beschäftigte
	In %		
Reduktion der Gewinnmargen	74	71	70
Keine Auswirkung	26	23	27
Erhöhung der Gewinnmargen	0	6	3

	Sachgüter- erzeugung	Einzelhandel	Dienstleistungen	Bau	Gesamt (gewichtet)
	In %				
Reduktion der Gewinnmargen	76	61	56	70	70
Keine Auswirkung	20	35	42	27	26
Erhöhung der Gewinnmargen	5	4	3	2	4

Q: WIFO Konjunkturtest

Übersicht 7: Hat Ihr Unternehmen in den letzten Monaten seine Verkaufspreise angepasst?

	Über 250 Beschäftigte	50-249 Beschäftigte	Unter 50 Beschäftigte
	In %		
Ja, Verkaufspreise wurden erhöht	78	75	73
Nein, Verkaufspreise wurden nicht angepasst	22	23	25
Ja, Verkaufspreise wurden gesenkt	0	2	2

	Sachgüter- erzeugung	Einzelhandel	Dienstleistungen	Bau	Gesamt (gewichtet)
	In %				
Ja, Verkaufspreise wurden erhöht	80	70	53	82	75
Nein, Verkaufspreise wurden nicht angepasst	19	27	46	17	24
Ja, Verkaufspreise wurden gesenkt	1	3	2	1	1

Q: WIFO Konjunkturtest

Übersicht 8: **Wenn die Verkaufspreise erhöht wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise erhöht?**

	Über 250 Be- schäftigte	50-249 Be- schäftigte	Unter 50 Be- schäftigte
	In %		
Anstieg der Energiepreise	65	69	61
Anstieg der Preise von Vorleistungen/Vorprodukten (ohne Energie und Arbeit)	84	85	79
Anstieg der Arbeitskosten	58	60	58
Kostspielige Ausfälle (z.B. Produktionsausfälle aufgrund von Lieferengpässen, Einschränkungsmaßnahmen)	15	14	13
Hoher Aufwand bei Bezug von Vorleistungen und Vorprodukten (Suchkosten, Verhandlungskosten, Reorganisation von Lieferbeziehungen)	25	20	20
Andere Gründe	7	6	5

	Sachgüter- erzeugung	Einzel- handel	Dienstleis- tungen	Bau	Gesamt (gewichtet)
	In %				
Anstieg der Energiepreise	74	47	52	46	64
Anstieg der Preise von Vorleistungen/Vorprodukten (ohne Energie und Arbeit)	93	83	47	85	82
Anstieg der Arbeitskosten	55	31	72	49	57
Kostspielige Ausfälle (z.B. Produktionsausfälle aufgrund von Lieferengpässen, Einschränkungsmaßnahmen)	14	10	8	20	14
Hoher Aufwand bei Bezug von Vorleistungen und Vorprodukten (Suchkosten, Verhandlungskosten, Reorganisation von Lieferbeziehungen)	23	19	14	20	21
Andere Gründe	6	10	10	1	6

Q: WIFO Konjunkturtest

Übersicht 9: **Wenn die Verkaufspreise nicht erhöht bzw. gesenkt wurden: Warum hat Ihr Unternehmen die Verkaufspreise nicht angepasst oder gesenkt?**

	Über 250 Be- schäftigte	50-249 Be- schäftigte	Unter 50 Be- schäftigte
	In %		
keine relevanten Preisanstiege	6	10	18
Wettbewerbsdruck zu hoch, Preiserhöhung nicht möglich	72	66	64
Andere Gründe	17	20	14

	Sachgüter- erzeugung	Einzel- handel	Dienstleis- tungen	Bau	Gesamt (gewichtet)
	In %				
keine relevanten Preisanstiege	7	21	26	23	14
Wettbewerbsdruck zu hoch, Preiserhöhung nicht möglich	68	72	58	61	65
Andere Gründe	21	14	15	6	17

Q: WIFO Konjunkturtest